

17. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 19.11.2013	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:25 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	Vertretung für Frau Beate Jeromin-Oldewurtel
Bontjer, Johann	CDU	
Dirksen, Dieter	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Hasbach, Bernd	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vetretung für Frau Antje Harms
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Müller-Gummels, Rainer

Nicht anwesend:

Mitglieder

Harms, Antje	SPD
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

-
1. Eröffnung der Sitzung
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 3. Feststellung der Tagesordnung
 4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.09.2013
 5. 3. Budgetbericht 2013
 6. 1. Beratung Haushalt 2014
 7. Anfragen
 8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 9. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.04 Uhr die 17. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordnete Albers nahm für die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel, Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels und Abgeordneter Röben nahm für die Abgeordnete Harms an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.09.2013

Abgeordneter **Agena** wies auf Seite sechs des Protokolls hin, wo vermerkt ist, dass er darum bittet, die Liquiditätsplanung, die beim Ministerium für Inneres und Sport im Rahmen der Haushaltsgenehmigung eingereicht werden musste, auch dem Finanzausschuss vorzulegen. Außerdem hatte er angeregt, dass zukünftig im Budgetbericht auch die Lage der Regiebetriebe dargestellt werden solle. Er fragte, ob seinem Wunsch nachgekommen werde oder nicht.

Frau **Saathoff** informierte, dass die Liquiditätsplanung beim Ministerium für Inneres und Sport eingereicht wurde und nunmehr bis zum Jahresende Liquiditätskredite in Höhe bis zu 70 Millionen Euro in Anspruch genommen werden dürfen. Zu einem etwaigen Bereich der Regiebetriebe erklärte sie, dass einzelne Regiebetriebe die Mitteilung machten, ob die Zahlen ihrer Planungen eingehalten werden, ansonsten werden Informationen in den Gesellschafterversammlungen gegeben.

Landrat **Weber** sagte zu, den Vorschlag zu prüfen und dazu in der nächsten Sitzung Auskunft zu geben.

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Finanzausschusses vom 06.09.2013 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4 wegen

➔ Nichtteilnahme

einstimmig beschlossen

TOP 5 3. Budgetbericht 2013

Frau **Saathoff** stellte den 3. Budgetbericht 2013 vor. Der Teilhaushalt „Allgemeine Deckungsmittel“ entwickle sich positiv; aus dem Finanzausgleich und der Kreisumlage sind Mehrerträge in Höhe von rund 1.500.000 Euro zu verbuchen. Sowohl bei den Liquiditätskrediten als auch bei den langfristigen Krediten seien bei den Zinsen jeweils ca. 400.000 Euro weniger Aufwand zu verzeichnen. Dieses sei auf die niedrigen Zinsen zurückzuführen; entgegen allen Erwartungen wurde der Leitzins Anfang November erneut gesenkt. Bei den langfristigen Krediten komme die Tatsache hinzu, dass einige Baumaßnahmen aufgrund der zur Jahresmitte erteilten Haushaltsgenehmigung erst später als geplant begonnen wurden. Insgesamt ergebe sich bei diesem Teilhaushalt eine Verbesserung zum geplanten Ansatz um 2,3 Millionen Euro.

Beim Teilhaushalt „Verwaltungsführung“ sind erhöhte Abschreibungen von rund 1,1 Millionen Euro für geleistete Investitionszuschüsse zu berücksichtigen. Es seien nicht nur Abschreibungen für die Krankenhausumlage, sondern auch für Zuweisungen an Gemeinden zur Verbesserung der kommunalen und touristischen Infrastruktur zu veranschlagen.

Zum Teilhaushalt „Amt für Kinder, Jugend und Familie“ zeigte **Frau Saathoff** die Überschreitung des Budgets um 570.000 Euro anhand der Tabelle auf Seite sieben des Budgetberichts auf. Die Mehrausgaben in diesem Teilhaushalt seien fremdbestimmt und der Landkreis könne häufig nur reagieren.

Die Budgetverbesserung in Höhe von 753.000 Euro des Teilhaushalts „Sozialhilfe“ wurde von **Frau Saathoff** mit Hilfe der Übersicht auf Seite 10 des Budgetberichts erläutert. So ergeben sich z. B. Mehrausgaben in Höhe von 400.000 Euro bei dem Produkt „Eingliederungshilfe für Behinderte“. Diese und weitere Mehrausgaben werden durch Zahlungen durch das Quotale System abgefangen; hier sei ein Mehrertrag in Höhe von rund 1,9 Millionen Euro zu verbuchen. Dieser Mehrertrag würde schon die Rückzahlung für 2012 in Höhe von 1,1 Millionen Euro an das Land Niedersachsen berücksichtigen. Aufgrund der weiterhin hohen Abschlagszahlungen bliebe abzuwarten, ob 2014 Rückzahlungen erfolgen müssen.

In diesem Zusammenhang erkundigte sich **Abgeordneter Agena**, was der zuvor von Frau Saathoff angesprochene unterschiedliche Abrechnungsmodus zwischen dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Aurich beinhalte.

Frau Saathoff erklärte, dass das Land Niedersachsen aufgrund der kameralen Buchführung nach den Ist-Zahlen abrechne, während der Landkreis Aurich aufgrund der Doppik nach Aufwand (periodengerecht) abrechne.

Landrat Weber ergänzte, dass das Land Niedersachsen den Kommunen vorgeschrieben habe, die Doppik einzuführen, selber arbeite es aber weiterhin mit dem alten System.

Abgeordnete Griesel meinte, da der Abrechnungsmechanismus auf den Mangel beim Land zurückzuführen sei, dürfte der Landkreis nicht auch noch Zinsen zahlen müssen.

Frau Saathoff entgegnete, dass ihr nicht bekannt sei, dass vom Land Niedersachsen Zinsen erhoben werden.

Zum Produkt „Bildung und Teilhabe“, wo Mehrausgaben in Höhe von 245.000 Euro anstünden, berichtete **Frau Saathoff**, dass inzwischen 90 % der anspruchsberechtigten Kinder Leistungen erhielten.

Abgeordneter Agena bewertete diese Tatsache als gut, wenn gleich er das Verfahren als kompliziert bezeichnete.

Abgeordneter Bontjer erkundigte sich nach den Zahlungen des Bundes der letzten Jahre.

Landrat Weber erklärte, dass die Zahlungen des Bundes für das Paket „Bildung und Teilhabe“ in den ersten beiden Jahren beim Landkreis Aurich verbleiben konnten, auch wenn nicht die ganze Summe ausgegeben wurde.

Frau Saathoff berichtete, dass beim Produkt „Asylbewerberleistungsgesetz“ Mehrausgaben in Höhe von 315.000 Euro anfielen, zurzeit würden 242 Fälle betreut werden. Die Ausgaben würden überwiegend erstattet, allerdings mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. zwei Jahren.

Landrat Weber ergänzte, dass das Land Niedersachsen für die Berechnung der Kostenerstattungspauschale die Zahlen der Asylbewerber von vor zwei Jahren zugrunde lege. Somit müsse der Landkreis Aurich in Vorleistung treten, da die Zahlen der Asylbewerber nach oben gehen.

Abgeordneter Agena stellte die Frage, ob dies als Forderung verbucht werde.

Frau Saathoff verneinte die Frage und sagte, dass noch keine Erfahrungen vorlägen, ob und wenn ja, wie diese Fälle haushaltsrechtlich abzugrenzen seien.

Abgeordneter Dirksen erkundigte sich, ab die Kostenerstattungspauschale in Höhe von derzeit 5.036 Euro p.a. pro Asylbewerber ausreiche.

Landrat Weber antwortete, dass um die Höhe der Pauschalzahlung mit dem Land Niedersachsen gestritten werde, dies sei ein Dauerthema. Der Betrag sei eher zu gering, beziffern könne er die Summe ad hoc nicht.

Zur Darstellung der Zahlen im Teilhaushalt „Jobcenter“ legte **Frau Saathoff** eine Folie auf (Tabelle Seite 11 des Budgetberichts). Beim Produkt „Leistungen für Unterkunft und Heizung“ betrügen die Mehrausgaben gegenüber dem geplanten Haushaltsansatz 500.000 Euro. Dies läge zum einen daran, dass nicht so vielen Personen eine Arbeitsstelle vermittelt werden konnte, wie gedacht und zum anderen daran, dass die Zahl der Ein-Personen-Haushalte immer weiter steige. Insgesamt sei beim Teilhaushalt „Jobcenter“ eine Überschreitung des Budgets im Vergleich zum Haushaltsansatz um 600.000 Euro zu beziffern.

Frau Saathoff stellte zusammenfassend fest, dass insgesamt eine Verbesserung in Höhe von ca. 1,3 Millionen Euro im Haushalt 2013 zu erwarten sei (Seite 14 des Budgetberichts). Dieses Ergebnis entspreche dem letzten Budgetbericht, wenn auch die Verschiebungen in anderen Bereichen als im letzten Budgetbericht festzustellen seien.

Abgeordneter Bontjer erkundigte sich, ob Umschuldungen von Krediten vorgenommen werden.

Frau Saathoff erwiderte, dass die Kredite, die zur Umschuldung anstehen, umgeschuldet werden. Bei den übrigen Kreditverträgen, die mit einer bestimmten Zinsbindung, teilweise bis zur Restlaufzeit, abgeschlossen wurden, sei eine vorzeitige Kündigung nur unter Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung möglich.

Abgeordneter Bontjer fragte, ob es beim Produkt „Hilfe zur Erziehung“ Zuschüsse vom Land oder Bund gebe, was **Landrat Weber** verneinte.

Auf entsprechende Nachfrage antwortete **Frau Saathoff**, dass auch 2013 wiederum davon auszugehen sei, dass höhere Pensionsrückstellungen als geplant zu bilden seien.

Abgeordneter Dirksen war der Ansicht, dass das Ergebnis des Budgetberichts kein Grund zum „Freudestrahlen“ sei, aber, dass sich der Landkreis auf einem guten Weg befinde.

Landrat Weber stimmte dem zu.

Abgeordneter Strömer meinte, dass die 1,3 Millionen Euro Mehreinnahmen dem Landkreis weiterhelfen, so dass der geplante Überschuss von 5,2 Millionen Euro auf über 6 Millionen Euro erhöht werden könne und dementsprechend zur gesetzlich vorgeschriebenen Defizitabdeckung herangezogen werden könne.

Zum vorgelegten Entwurf des Investitionsplanes 2014 (Anlage 1) erklärte **Frau Saathoff**, dass dieser auf die Mittelanmeldungen der Ämter fuße. Nach Begutachtung der Mittelanmeldungen, hätten sich die Amtsleiter zusammengesetzt und eine Prioritätenliste erarbeitet, damit der Planungsbereich, der im Haushalt 2013 für 2014 vorgegeben sei, eingehalten werde und keine höhere Neuverschuldung erforderlich sei. Sie werde den Plan vorstellen und in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses würden Herr Akkermann vom Technischen Gebäudemanagement und Frau Eiben vom Amt für Schulen und IT etwaige Fragen beantworten. Falls es eventuelle Fragen zu den Baumaßnahmen der Kreisstraßen gebe, bitte sie die Fraktionen, dies zu signalisieren, dann würde auch Frau Rieger vom Amt für Kreisstraßen in der nächsten Sitzung Fragen beantworten. Frau Saathoff erläuterte, dass die rot unterlegten Ansätze eine Verschlechterung zum ursprünglichen Ansatz beinhalten, die grün unterlegten eine Verbesserung, gelb gekennzeichnete Ansätze seien neu und blau gekennzeichnete Ansätze seien auf ein anderes Jahr verschoben worden. Im Folgenden erläuterte Frau Saathoff den Entwurf des Investitionsplanes 2014. Bei der Investition I10-00-003 (Betriebs- und Geschäftsausstattung), die auf 175.000 Euro erhöht wurde, erkundigte sich **Abgeordneter Agena**, ob, wie zuvor von Frau Saathoff erwähnt, neben den Küchenzeilen für die Sozialräume weitere Dinge berücksichtigt seien. **Frau Saathoff** antwortete, hierunter fallen z. B. auch Tische, Stühle, Schränke usw. Hier gebe es, wie bei vielen weiteren Beschaffungsansätzen zwei Ansätze, einerseits werden Gegenstände im Wert von 150,- bis 1.000 Euro verbucht, andererseits Gegenstände, die diese Grenze überschreiten.

Abgeordneter Agena erkundigte sich zur Investition I10-12-001 (Tablet-PC's für den Kreistag) in Bezug auf Neukauf und/oder Garantie und fragte ob im Jahr 2016 für 56.000 Euro neue Tablet-PC's angeschafft werden würden, ob die bereits angeschafften nicht länger halten würden.

Landrat Weber machte zwei Vorschläge: 1) Im Jahre 2016 müsse geschaut werden, ob neue Tablet-PC's erforderlich seien. 2) Der Finanzausschuss solle sich nicht weiter über 2.000 Euro unterhalten, entweder solle im Protokoll oder in der nächsten Sitzung, wenn die Ansätze diskutiert werden, darauf näher eingegangen werden.

Unter anderem ging **Frau Saathoff** auf den erhöhten Ansatz für den Neubau der Sporthalle IGS Aurich-West ein. (I23-14-002). Hier würden 420.000 Euro zusätzlich für Tribünen und weitere Umkleideräume benötigt. Im Gegenzug seien andere Maßnahmen (z. B. „Erneuerung Fahrradständer an der IGS Aurich-West“) um zwei Jahre verschoben worden. Zur Investition I23-14-012 (Ausbau ehem. FTZ, Conerus-Schule Norden BBS) berichtete Frau Saathoff, dass das Gelände vom Landkreis Aurich seinerzeit an die Stadt Norden verkauft wurde, die hier Altenwohnungen bauen lassen wollte, was jedoch nicht umgesetzt wurde. Da die Schule Bedarf an Räumen und Parkplätzen habe, könne eine Fläche, die doppelt so groß ist wie die, die seinerzeit verkauft wurde, vom Landkreis zurück gekauft werden. Mit der Stadt Norden werde derzeit über den Kaufpreis verhandelt. Um diese Gebäude zu nutzen, müssten weitere Ansätze für Investitionen eingeplant werden (z.B. Nr. I23-14-012: Ausbau ehem. FTZ, Conerus-Schule Norden, 80.000 Euro, Nr. I40-14-001: Ausstattung des FTZ Gebäudes (Kfz.-Werkstatt) in 2013 und 2014 jeweils 50.000 Euro). Für den Ausbau und investive Erneuerung von Kreisstraßen seien, wie gehabt, 2 Millionen Euro vorgesehen. Wie auch in vorherigen Jahren mussten Radwegebaumaßnahmen wegen fehlender Landesmittelzuweisungen nach dem Entflechtungsgesetz auf spätere Jahre verschoben werden. Zusammenfassend erklärte Frau Saathoff, dass die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 2014 3, 5 Millionen betragen, geplant seien 3,3 Millionen Euro gewesen und dass die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Jahr 2014 19,8 Millionen Euro betragen, geplant seien 19,6 Millionen Euro gewesen. Somit seien Kreditaufnahmen in Höhe von 16,2 Millionen Euro erforderlich, geplant waren 16,3 Millionen Euro. Bei einer Tilgung von ca. 6 Millionen Euro würde die Netto-Neuverschuldung ca. 10 Millionen Euro betragen.

Der Finanzausschuss nahm den Entwurf des Investitionsplanes zur Kenntnis und **Vorsitzender Thiele** bedankte sich bei Frau Saathoff.

TOP 7 Anfragen

Abgeordneter Agena bezog sich auf die Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2013, in der eine Stellungnahme zur aktuellen Entwicklung der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH und zum Stand der Umsetzung des Sanierungskonzeptes bis zum 31.12.2013 gefordert wird. Er bitte darum, dass diese Darstellung auch den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werde.

TOP 8 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Frau Saathoff stellte kurz die Planung der Haushaltsberatungen vor. In der nächsten Sitzung solle der Investitionsplan beraten werden. Im nächsten Jahr sollen zwei Sitzungen zur Behandlung des Ergebnisplans einberaumt werden. Der versprochene Jahresabschluss könne aus zweierlei Gründen nicht realisiert werden. Zum einen sei der Arbeitsaufwand, den die jeweiligen Ämter zu leisten haben, immens. So müssten z. B. Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 2 Millionen Euro den jeweiligen Straßenabschnitten zugeordnet werden. Zum anderen sei, wie bekannt, der Kassenleiter der Finanzabteilung, Herr Rewerts, verstorben. Frau Hanekamp, die eigentlich die Abschlüsse erstellen solle, war daher stark in die arbeitsaufwendige SEPA-Umstellung eingebunden. Durch diese Umstände bedingt, könnten die Haushaltsabschlüsse für 2010 bis 2012 nicht wie geplant, erstellt werden, dafür bitte sie um Entschuldigung. Der neue Kassenleiter werde die Stelle zum 01.02.2014 antreten

Weitere Meldungen lagen nicht vor.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Thiele schloss um 16.25 Uhr die 17. Sitzung des Finanzausschusses.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin

